

Positionspapier des PARITÄTISCHEN Hamburg: 10 Kernforderungen für generationengerechte und inklusive Quartiere bis 2035



1. Bezahlbaren Wohnraum schaffen und erhalten

Ein Dach über dem Kopf ist ein Menschenrecht. Angesichts des bereits jetzt bestehenden Wohnungsmangels muss eine Sozialwohnungsbau-Offensive durch den Bau von jährlich mindestens 5.000 neuen Sozialwohnungen gestartet werden. Auch muss sichergestellt werden, dass die SAGA Unternehmensgruppe dauerhaft einen an die Nachfrage angepassten Bestand an Sozialwohnungen in Hamburg vorhält



2. Wohnungsbau im Design für Alle

Bis 2035 fehlen in Hamburg mindestens 70.000 barrierefreie Wohnungen. Hamburg muss eine neue Baukultur etablieren und nur noch (Sozial-)Wohnungen nach dem Konzept „Design für Alle“ bauen. Bei Modernisierungsvorhaben muss regelhaft geprüft werden, ob Barrierereduzierungen möglich sind.



3. Neubauoffensive „R-Wohnungen für Hamburg“

Seit Jahren warten Rollstuhlfahrende vergeblich auf eine passende Wohnung. Wir fordern die Erstellung eines Gutachtens zur Bedarfsermittlung sowie einen nachfrage- und bedarfsgerechten Neubau von rollstuhlgerechten Wohnungen in den Bezirken. Zudem sollten alle R-Wohnungen in einem zentralen Register geführt und über ein digitales Portal angeboten werden.



4. Smartes Wohnen fördern

Die Entwicklung alltagstauglicher Assistenzlösungen (AAL) schreitet voran. Digitale Assistenzsysteme zur Erhöhung der Sicherheit und Unterstützung in der Wohnung sollten auch in Sozialwohnungen ohne großen baulichen Aufwand nachgerüstet werden können, weshalb eine AAL-gerechte Elektroinstallation in die baulichen Mindeststandards des geförderten Mietwohnungsneubaus der IFB Hamburg aufgenommen werden muss.



5. Barrierefreie Wege und Quartiersgestaltung

Damit alle Menschen die Nahversorgungszentren in den Stadtteilen sicher erreichen können, muss ein hamburgweiter Masterplan „Barrierefreie Wegeketten“ mit einem durchgängigen Fußwegenetz entwickelt werden. Im Rahmen eines Modellprojekts sollten zudem verbindliche Ausschreibungsunterlagen für inklusive Spielplätze und barrierefreies Stadtmobiliar festgelegt und in einem „Muster-Quartier“ erprobt werden.



6. Qualitätssicherung barrierefreies Bauen

Kostenintensive Nachrüstungen im barrierefreien Neubau müssen vermieden werden. In anderen Bundesländern sind dem Bauantrag bereits Barrierefrei-Konzepte beizufügen, auch in Hamburg sollten detailliertere Angaben zur Barrierefreiheit in der Planung enthalten sein. Um Umsetzungsfehler zu vermeiden, sind auch während der Bauausführung sowie bei der Schlussabnahme Kontrollen erforderlich.



7. Nachbarschaftstreffs und Quartierskoordination

Einsamkeit und mangelnde soziale Unterstützung im Alter gelten als die Hauptprobleme der Zukunft. Bis 2035 muss daher ein Konzept zur Einrichtung von wohnortnahen Nachbarschaftstreffs in den Stadtteilen entwickelt und umgesetzt werden. Nach dem Vorbild der Münchner Nachbarschaftstreffs muss das bürgerschaftliche Engagement in allen Quartierstreffs hauptamtlich unterstützt werden.



8. Anlaufstellen für Beratung und freiwillige Hilfen

Angesichts der steigenden Anzahl an Menschen mit Hilfe- und Unterstützungsbedarf müssen in jedem Bezirk mindestens drei Anlaufstellen für Case- und Care-Management eingerichtet werden. Ebenso müssen dezentrale Anlaufstellen zur Vermittlung von ehrenamtlichen Angeboten zur Unterstützung im Alltag aufgebaut sowie ausreichende Haushaltsmittel für den Betrieb zur Verfügung gestellt werden.



9. Modellprojekt „Selbstbestimmt wohnen im Quartier“

Die Nachfrage nach Wohn- und Versorgungskonzepten für selbstbestimmtes Wohnen im Alter ist groß und wird weiter steigen. Gemeinsam mit den Fachbehörden, Wohlfahrtsverbänden und erfahrenen Anbietern aus dem Bereich des Servicewohnens muss ein tragfähiges Konzept entwickelt werden, welches eine solide Finanzierungsgrundlage für zukünftige Projekte für selbstbestimmtes Wohnen im Quartier darstellt.



10. Strategie „Hamburg 2035“

Seit längerem wird angekündigt, dass das Demografiekonzept 2030 zu einem quartiersorientierten Aktionsplan „altersfreundliche Stadt“ weiterentwickelt werden soll. Die Pläne der Fachbehörden müssen nun in eine gesamtstädtische Strategie sowie in ein integriertes Konzept mit konkreten Maßnahmen überführt werden. Für die Umsetzung muss eine Finanzierung von politischer Ebene sichergestellt werden.